

Bern



Gut fürs Image
Der 23-jährige Alain Schwingruber ist der 53 000. Bieler. 25

Zu sauberer Brienzersee gefährdet Fische

Der Brienzersee hat die schweizweit niedrigste Phosphatkonzentration. Die betreffenden Gewässerschutzmassnahmen haben nun aber Auswirkungen: Fehlt Phosphor im Wasser, geht den Fischen die Nahrung und den Berufsfischern die Arbeit aus.

Mireille Guggenbühler

Beat Abegglen möchte eigentlich gerne, dass seine eigenen Kinder in zehn Jahren im Brienzersee auch noch einen Brienzling fangen könnten - ein Exemplar jener Art, von deren Fang er hauptsächlich lebt: den Felchen. Manchmal zweifelt er daran, ob das möglich sein wird. Abegglen ist Berufsfischer. Seit zehn Jahren allerdings reicht der Fang-ertrag nicht mehr aus, um davon leben zu können. Abegglen fischt deshalb nur noch in der freien Zeit, die ihm seine Berufstätigkeit ausserhalb der Fischerei erlaubt. «Die Berufsfischerei», sagt Abegglen, «ist für mich seit Jahren ein teures Hobby». Seinem Berufskollegen Hanspeter Kaufmann geht es nicht viel anders. Seit 35 Jahren arbeitet er als Berufsfischer, nächstens wird er pensioniert. Zum Glück, wie er sagt. Denn sein Beruf hat keine Zukunft mehr: «Mit der Fischerei kann man kein Einkommen mehr generieren.» Abegglen und Kaufmann sind die beiden letzten Berufsfischer am Brienzersee - noch bis Mitte der 1990er-Jahre waren sie zu fünf.

Die Situation ist geradezu paradox: Die Fischbestände nehmen nämlich ab, weil der See zu sauber ist. Organismen, die Fische als Futter dienen, ernähren sich unter anderem von Phosphor. Doch die Gewässerschutzmassnahmen der vergangenen Jahrzehnte - etwa das seit 1986 geltende Phosphatverbot in Waschmitteln - liessen die Phosphorkonzentration in den Gewässern zurückgehen. So hat der Brienzersee heute die tiefste Phosphorkonzentration aller grösseren Schweizer Seen. Er nähert sich bezüglich des Phosphateintrags damit wieder einem ökologischeren Zustand - allerdings mit unbeabsichtigten Folgen.

Wo sind die Wasserflöhe?

Seit 2008 fehlen die Wasserflöhe im Brienzersee fast vollständig. Das Ausbleiben dieser für die Fische so wichtigen Futterorganismen hat Konsequenzen: Felchen und Brienzling wachsen heute viel langsamer. So teilt es die Volkswirtschaftsdirektion in ihrer Medienmitteilung mit. Berufsfischer Abegglen formuliert es allerdings schärfer: «Wir Fischer sind heute klar der Meinung, dass diese Fischarten vom Aussterben bedroht sind.» Denn die Fische wachsen nicht nur langsamer, sondern pflanzen sich teilweise auch nicht mehr fort.

Waren vierjährige Brienzlinge 1995 noch ungefähr 26 Zentimeter lang, erreichen sie heute noch eine Länge von ungefähr 18 Zentimetern. Oder anders ausgedrückt: Brauchte es früher 5 Felchen für ein Kilogramm Fisch, müssen heute 25 bis 30 Stück gefangen werden, um dasselbe Gewicht zu erreichen.



Einsam auf dem Wasser: Die zwei letzten Berufsfischer vom Brienzersee fürchten um die Existenz ihres Berufsstands. Foto: Michael Schneeberger

Und: Seit dem Jahr 2008 treten bei den Felchen gehäuft Exemplare ohne Geschlechtsorgane auf, und in den Sommermonaten der Jahre 2009 und 2010 waren über die Hälfte der Brienzlinge steril. Damit hat sich ein bekanntes Problem noch verschärft: Bis anhin gaben vorab Änderungen an den Geschlechtsorganen der Felchen im Thunersee Anlass zur Besorgnis. Dass sich diese Fischart im benachbarten Brienzersee nun nicht einmal mehr fortpflanzt, das ist neu.

Berufsfischer Abegglen ist überzeugt, dass die Fische wegen des knappen Nahrungsangebots «keine Reserven mehr haben, um ihre Geschlechtsorgane ausbilden zu können». Wissenschaftlich ist diese Hypothese noch nicht gänzlich geklärt.

Die Frage ist allerdings, ob die Futterorganismen der Fische wirklich deshalb fehlen, weil ihnen wiederum ihr eigenes Futter, das Phosphat, langsam ausgegangen ist. Wasserflöhe zum Beispiel reagieren nämlich auch dann höchst empfindlich, wenn sich Schadstoffe im Wasser befinden. Könnte es also auch sein, dass ein bisher unbekannter Stoff Schuld an der Futterknappheit der Fische im Brienzersee hat? Für Fischereinspektor Thomas Vuille sowie Markus Zeh vom Amt für Wasser und Abfall ist dies praktisch ausgeschlossen. Es gebe keine konkreten Hinweise darauf, dass die Wasserqualität nicht in Ordnung sei.

Damit die Nährstoffe für die Fische wieder zunehmen, könnte zum Beispiel

die Phosphatkonzentration im See erhöht werden. Möglich wäre das, indem die Reinigungsleistung der Kläranlagen etwas zurückgefahren würde. Ohne Lockerung der Gewässerschutzbestimmungen auf Bundesebene ist dies allerdings kaum möglich - und mit einem solchen Anliegen will man beim Kanton nicht vorpreschen. Denn damit würden quasi die Errungenschaften des Gewässerschutz in Frage gestellt. Und: «Es wäre ein Experiment mit ungewissem Ausgang», sagt Markus Zeh vom Amt für Wasser und Abfall.

Fischer wünschen Experiment

Doch gerade eine solche Experimentierfreudigkeit, das würde man in Fischereikreisen schätzen. Denn: «Bis

jetzt war der Kanton Bern bezüglich der Fischerei immer Vorreiter und zeigte sich innovativ. Hier würde sich nun die Möglichkeit bieten, wieder etwas zu tun», sagt Beat Abegglen. Ihm sei allerdings auch klar, dass der Kanton Bern wegen der Existenz zweier Berufsfischer nicht unbedingt etwas ändere. Aber: «Im Grundsatz geht es doch um viel mehr. Es geht um die Frage, ob wir auch weiterhin einheimischen Fisch auf unseren Tellern haben oder diesen künftig lieber von weit her einfliegen lassen wollen.»

Zwar hat Abegglen noch Abnehmer für seine immer magerer gewordenen Fische - die Frage ist, wie lange noch. Und: «Irgendwann gehen dann auch den Fischen im nächsten See die Nährstoffe aus.»

Die Hauptstadtregion will von Washington lernen

Wie kann das politische Zentrum eines Landes wirtschaftlich profitieren? Eine Studie soll zeigen, was die Hauptstadtregion von Washington lernen kann.

Simon Thönen

Vor einem Jahr gründeten fünf Kantone und zwanzig Gemeinden und regionale Organisationen die Hauptstadtregion Schweiz - damit das politische Zentrum des Landes vom Bund gleich wichtig genommen wird wie die Wirtschaftszentren Zürich, Basel und Genf/Lausanne. Eines der erklärten Ziele der Hauptstadtregion ist, das Politzentrum Bern wirtschaftlich besser zu nutzen. Ideen dazu wird eine Studie von Heike Mayer liefern, der Professorin für Wirtschaftsgeografie und Regionalforschung an der Universität Bern. Die Studie soll im Februar 2012 publiziert werden.

An einer Veranstaltung der Hauptstadtregion für Wirtschaftsverbände im Hotel Schweizerhof gab Mayer gestern einen ersten Einblick in die Studie. «Die

Globalisierung verleiht Hauptstädten eine neue Wichtigkeit», betonte Mayer. Denn mit der Finanz- und Schuldenkrise würden politische Regulierungen auch auf der Ebene der Nationalstaaten wichtiger. Wirtschaftlich intensiv nutzen könne eine Hauptstadtregion dies aber nur mit einer aktiven Standortpolitik. «Dynamisch wachsende Hauptstädte setzen nicht nur auf die Politfunktion, sondern unterstützen ihre Regionen in Innovation und Unternehmertum.»

US-Beamtenstadt wird dynamisch

Mayers Studie soll unter anderem aufzeigen, was die Hauptstadtregion von anderen politischen Kapitalen lernen kann. Erfahrungen kann die 38-jährige Professorin bezüglich Washington vorweisen. Dort arbeitete Mayer an Ansiedlungsstrategien mit, die den Gemeinden um Washington zu mehr Wirtschaftswachstum verhelfen.

Nun ist unbestreitbar, dass Washington etliche Schuhnummern grösser ist als die Hauptstadtregion von Helvetien. Dennoch gebe es Parallelen, meinte Mayer. So dominierte in Washington vor vierzig Jahren die Bundesverwaltung

den Stellenmarkt. Inzwischen liegen «professionelle und Geschäftsdienstleistungen» punkto Stellen gleichauf mit der staatlichen Verwaltung. Einzelne Washingtoner Gemeinden warben nach den Terrorattacken von 9/11 etwa Sicherheitsfirmen an. Andere spezialisierten sich auf die Ansiedlung von Lobbys.

Lassen sich Verbände anlocken?

Eine der «Fokusgruppen», für die Mayers Studie Ansiedlungsstrategien untersuchen soll, sind denn auch «Verbände, Lobby-Büros und zwischenstaatliche Organisationen». Der Auftritt von Verbandsvertretern gestern im Schweizerhof zeigte jedoch, dass es in der kleinsten Schweiz nicht unbedingt zwingend ist, eine Verbandszentrale von Zürich nach Bern zu verlegen. Der Präsident des Arbeitgeberverbandes, Valentin Vogt, sah diesbezüglich jedenfalls vor allem Hindernisse. Zufrieden mit Bern ist hingegen der Nutzfahrzeugverband Astag, der im Wankdorf ein «Kompetenzzentrum Auto und Transport» bauen lässt. Ein quasi standespolitisches Problem hat allerdings auch der Astag in Bern: zu wenig Parkplätze.

Erbe des Frauenklinik-Debakels bei 30 bis 40 Millionen Franken

Die Sanierung der instabilen Fassade der Frauenklinik wird wohl teurer als bisher angenommen. Im Oktober hat die Inselspital-Stiftung der bernischen Kantonsregierung eine neue Kostenschätzung vorgelegt. 30 bis 40 Millionen Franken soll die Sanierung kosten, wie aus der Antwort des Regierungsrats auf einen Vorstoss hervorgeht. Davon fällt die Hälfte, etwa 15 bis 20 Millionen, auf den Ersatzbau, der auf dem Inselareal während der Sanierungsarbeiten stehen soll.

Im August 2010 war man im Grossen Rat noch von 2 bis 6 Millionen Franken Kosten ausgegangen. Im Juli 2011 dann schätzten die Insel-Verantwortlichen die Kosten weit höher, auf 10 bis 12 Millionen. Es wurde klar, dass die Sanierung komplizierter wird als gedacht. In der neusten Schätzung kommen jetzt noch einmal 5 bis 8 Millionen Franken dazu. Inselform-Mediensprecher Markus Hächler bestätigt dies. Die Zahlen, welche der Regierung mitgeteilt worden seien, basierten auf den Erkenntnissen von Ingenieuren, welche die Arbeiten mittlerweile auch durchgerechnet haben. «Wir haben schon

im Juli gesagt, dass wir die Kostenprognose von damals wohl noch werden korrigieren müssen», sagt Hächler auf Anfrage.

Ob damit das Ende der Fahnenstange erreicht ist, ist keinesfalls klar. Sowohl die Fassadensanierung als auch der Ersatzbau seien noch nicht so weit, als dass sich die Kosten schätzen liessen, schreibt die Regierung. Ein grosses Fragezeichen steht auch noch hinter dem Adressaten der Rechnung über das Baudebakel. Die Kosten sollten ursprünglich aus dem Spitalinvestitionsfonds des Kantons gedeckt werden. Das wird aber zunehmend unrealistisch. Nur noch bis Ende Jahr können daraus Gelder gesprochen werden. Dass die Sanierung der Frauenklinik bis dahin genügend fortgeschritten sei, um noch ein Beitragsverfahren einzuleiten, sei «sehr unwahrscheinlich», sagt Yves Reidy, Sachbearbeiter bei der Fachstelle Infrastrukturen des Spitalamts, auf Anfrage. Ob sich der Kanton und damit die Steuerzahler überhaupt an den Millionenkosten beteiligen werden, ist noch offen. (mra)